

# Für eine Volkswahl des Bundesrates

Autor(en): **Piller, Otto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340096>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Für eine Volkswahl des Bundesrates

Von Ständerat Otto Piller

Am 13. September 1981 hat unser Bundesrat Willi Ritschard an der Balmberg-Tagung folgendes gesagt:

«Wir müssen immer wieder darüber diskutieren, welche Ziele wir uns setzen wollen und mit welchen Mitteln wir sie anstreben können. Zu dieser Diskussion gehört auch die Auseinandersetzung um die Regierungsbeteiligung. Ich persönlich stehe auf dem Boden, dass dieser Staat auch unser Staat ist. Und was wir erreichen wollen für unsere Gesellschaft, das müssen wir über diesen Staat erreichen. Deshalb müssen wir unseren Einfluss auf den Staat verstärken. Das können wir nicht, wenn wir auf Vertretungen in den Regierungen verzichten. Wir müssen unseren Teil an der Verantwortung tragen, wenn wir in diesem Lande ernst genommen werden wollen. Die Politik ist kein Trockenskikurs! Das ist meine kurze und einfache Meinung zur Bundesratsbeteiligung.»

Soweit unser Bundesrat Willi Ritschard.

Mit den letzten Bundesratswahlen vom 7. Dezember wurde innerhalb unserer Partei die Diskussion um die Bundesratsbeteiligung wiederum in Gang gesetzt, und wir werden am ausserordentlichen Parteikongress vom kommenden Februar darüber zu befinden haben.

Meines Erachtens gilt es diesen Entscheid reiflich zu überlegen. Wir müssen uns darüber klar werden, wie dies Willi Ritschard sagte, welche Ziele wir uns setzen wollen und mit welchen Mitteln wir sie anstreben können.

Unser politisches System ist wohl mit keinem der demokratischen Staaten dieser Erde auch nur ähnlich. Wir haben die Referendumsdemokratie, das Initiativrecht auf Verfassungsstufe, eine Parteienvielfalt, 26 Kantone und Halbkantone, religiöse, sprachliche und kulturelle Verschiedenheiten usw.

Immer wieder stellen wir fest, dass in unserem Staate nicht eine politische Partei die echte Oppositionsrolle übernehmen kann, sondern dass dies das Volk tut. Die vielen Urnengänge, Resultat unserer Referendumsdemokratie, beweisen dies zur Genüge. Unser eidgenössisches Parlament hat vom Volk nicht die Entscheidungsbefugnisse erhalten, die beispielsweise die Sozialdemokraten eine einflussreiche und konstruktive parlamentarische Opposition verwirklichen liessen, dies beim Austritt aus dem Bundesrat. Unser Volk wird mit Blick auf die politische und kulturelle Vielfalt unseres Staates wohl auch nie einer politischen Partei die absolute Mehrheit erteilen. Auch nicht den Sozialdemokraten. Diese Erkenntnis hatten wohl auch unsere sozialdemokratischen Väter und Grossväter, die schon früh für eine Einzitznahme in den Bundesrat kämpften.

Als Parlamentarier konnte ich in den letzten 4 Jahren aber auch feststellen, dass der Bundesrat, wohl auch wegen der beiden sozialdemokratischen Vertreter, immer wieder fortschrittliche Vorlagen vor das Parlament brachte, die von diesem stets zurückgestutzt wur-

den. Denken wir an die berufliche Vorsorge, an das Konsumkreditgesetz, an den Radio- und Fernsehartikel usw. Nicht der Bundesrat, sondern das Parlament wirkte immer wieder als Bremser in sozialpolitischen Belangen.

Unsere Referendumsdemokratie und das Initiativrecht erlauben einer politischen Oppositionsgruppe nur, unliebsame Gesetze zu Fall zu bringen, nicht aber fortschrittliche Gesetze zu verwirklichen. Wir kennen in unserem Staate die Gesetzesinitiative nicht.

All diese Überlegungen führen mich zum Schluss, dass unsere Partei auch künftig im Bundesrat vertreten bleiben sollte, wenn wir, auch in kleinen Schritten, Ziele verwirklichen wollen.

Es ist für mich aber eine Selbstverständlichkeit, dass wir dafür nicht jeden Preis bezahlen dürfen und dass wir dafür nicht vor bürgerlichen Parlamentariern kriechen.

Das Vorgehen und die Art und Weise, mit der unsere Partei am 7. Dezember von der Mehrheit der vereinigten Bundesversammlung behandelt wurde, ist unakzeptabel. Diesen Preis können und wollen wir für eine Bundesratsbeteiligung nicht noch einmal bezahlen. Konkordanzdemokratie besteht aus zwei sehr schönen Worten, die beide mit Füßen getreten wurden.

Der Wille zur echten und toleranten Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten scheint verlorengegangen zu sein oder war vielleicht kaum je echt vorhanden.

Welche Lehre gilt es daraus zu ziehen?

Wenn unsere Partei im Februar den Austritt aus dem Bundesrat beschliesst, wird sie wohl in wenigen Jahren bei Vakanzen erneut Kandidaten vorschlagen. Wir können neue Allianzen su-

chen, Allianzen, die in unserem politischen System wohl immer etwas brüchig bleiben. Wir können uns auf eine lange Oppositionszeit einrichten, werden aber dabei zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Volk seine Oppositionsrolle nie an eine politische Partei abgeben wird. Wir können aber, und dies scheint mir persönlich der beste Weg, über eine Initiative die Volkswahl des Bundesrates vorschlagen. Ich bin überzeugt, dass das Schweizervolk heute in seiner Mehrheit eine Volkswahl wünscht. Sicher ist eine Volkswahl mit Problemen verbunden. Aber die Vorteile überwiegen meines Erachtens eindeutig.

Welche Argumente werden gegen die Volkswahl angeführt? Zu starke Einflussnahme der grossen Kantone, zu wenig Rücksichtnahme auf Minderheiten, das Volk kennt die Kandidaten zu wenig, und die Propaganda resp. die Finanzmittel für die Wahlkampagne sind ausschlaggebend. Man fürchtet die Wahl von populären Volkstribunen.

Sind diese Argumente stichhaltig? Unser Staat ist ein Kleinstaat, der noch überschaubar ist. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen weit ausgeprägteren Sinn für den Schutz und die angemessene Vertretung von Minderheiten, als dies in den Parlamenten anzutreffen ist. Die Volkswahlen in den Kantonen zeigen dies oftmals sehr deutlich. Denken wir beispielsweise an die Ständeratswahlen im Kanton Freiburg. Das Kantonsparlament hat über 100 Jahre diese Wahl vorgenommen. Wie oft hat es auf die politische, sprachliche und religiöse Vielfalt des Kantons Rücksicht genommen? War es nicht das Volk, das hier korrigierend eingriff? Obwohl der Bundesrat vom Parlament gewählt wird, ergab

sich bis heute folgende Sitzverteilung auf die Kantone:

AR	1	TG	3
BL	1	AG	4
GL	1	LU	4
OW	1	SG	5
BS	2	TI	6
FR	2	SO	6
VS	2	NE	7
ZG	2	BE	10
GE	3	VD	14
GR	3	ZH	16

Nidwalden, Uri, Appenzell IR, Schwyz, Schaffhausen und der jüngste Kanton, Jura, haben noch nie einen Bundesrat gestellt.

Ich bin überzeugt, dass unser Volk auf eine angemessene Berücksichtigung von jeweiligen Minderheiten mindestens ebenso schauen würde, wie dies das Parlament bis heute getan hat. Das Wahlsystem müsste entsprechend ausgearbeitet werden.

Die lange Erfahrung mit der direkten Demokratie hat unser Volk auch sehr stark geschult, dass es sich nicht jeden Kandidaten über eine übermächtige Propaganda aufbinden lässt. Nicht wer Geld hat, sondern wer sich profiliert, würde bei einer Volkswahl durchkommen. Ein Wahlkampf, wie ihn beispielsweise die Amerikaner führen, ist bei uns kaum denkbar. Und wer Angst hat vor Volkstribunen, vergisst, dass unsere Leute immer gewusst haben,

wann sie «Götter» vom Sockel stürzen mussten. Hat dies unser Parlament immer gewusst?

Die Volkswahl des Bundesrates passt meines Erachtens ins Demokratieempfinden der Mehrheit unseres Volkes. Sie würde dem Ränkespiel, wie wir es am 7. Dezember vom eidg. Parlament vordemonstriert erhielten, ein Ende setzen. Sie würde aber auch uns Sozialdemokraten erlauben, die Kandidaten selber zu bestimmen. Auch vor einer Majorzwahl brauchen wir uns nicht zu fürchten. Wir haben sehr gute und profilierte Leute, die vom Volk gewählt würden. Dazu kommt, dass sich ein schweizerischer Bürgerblock FDP/CVP/SVP nicht bilden liesse. Wie könnte beispielsweise die CVP ihr Programm mit dem FDP-Programm landesweit unter einen Hut schieben, ohne dabei einen grossen Teil ihrer Wähler zu enttäuschen oder gar zu verlieren. Auch hier würde die Volkswahl von den politischen Parteien mehr Geradlinigkeit verlangen, was für unser Land nur von Gutem sein könnte.

*Ich schlage deshalb folgendes vor:*

- *Die SP-Schweiz lanciert ohne Verzug eine Initiative zur Wahl des Bundesrates durch das Volk.*
- *Bis zur Volksabstimmung verbleibt sie in der Zwischenzeit im Bundesrat.*

### *Ärger mit den Führungsleuten*

## Raus oder rein — wie links ist das?

*Von Beat Kappeler*

Vor 2478 Jahren zogen die römischen Plebeier — die ganze Unterschicht — unter Protest aus der Hauptstadt weg auf den nahen Aventin. Das erschrok-

kene, weil arbeitskräftelose Patriziat sandte substantielle Offerten, so dass das Volk triumphal zurückkehrte.

Wir lernen aus dieser schönen